

Wahl: Kantonsratswahlen Kanton Solothurn

Name: Susanne Koch Hauser

Erstellt am: 13.01.2013

Frage	Antwort	Kommentar
Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer (z.B. auf 67 Jahre)?	Eher nein	
Soll der Kanton Solothurn die Schaffung von familienergänzenden Betreuungsstrukturen (Tagesstätten, Tageschulen, Mittagstische) verstärkt finanziell unterstützen?	Eher ja	Die gesetzliche Grundlage im Kanton Solothurn weist dieses Leistungsfeld den Gemeinden zu. Finanzschwache Gemeinden sind benachteiligt.
Sollen die staatlichen Unterstützungsleistungen für Familien mit tiefem Einkommen ausgebaut werden?	Nein	Mit der bestehenden Ergänzungleistung für Familien ist Solothurn bereits Vorreiter
Eine eidgenössische Volksinitiative fordert, die Kinderzulagen von den Steuern zu befreien. Unterstützen Sie dieses Anliegen?	Ja	
Im Kanton Aargau fordert eine Volksinitiative, dass der Kanton Arbeitslose mit zusätzlichen Geldern unterstützt. Würden Sie dies auch im Kanton Solothurn unterstützen?	Nein	In der Schweiz sollen alle Arbeitslosen gleich behandelt werden sollen, unabhängig vom kantonalen Wohnort
Eine Volksinitiative will für die Grundversicherung eine öffentliche Einheitskrankenkasse einführen. Unterstützen Sie dieses Anliegen?	Eher ja	
Soll der Kanton weniger Gelder für die Verbilligung der Krankenkassenprämien zur Verfügung stellen?	Nein	Kontrollmechanismen müssten ausgebaut werden
Finden Sie es richtig, dass einzelne ärztliche Leistungen der Komplementärmedizin (Alternativmedizin) wieder von der Grundversicherung vergütet werden?	Ja	
Gemäss dem Konzept der integrativen Schule werden Kinder mit Lernschwierigkeiten oder Behinderungen grundsätzlich in regulären Schulklassen unterrichtet. Befürworten Sie dies?	Ja	So weit das für das betroffene Kind, aber auch für Lehrpersonen zumutbar ist. Es braucht trotzdem noch Lösungen für speziell auffällige Kinder.
Sollen Privatschulen vom Kanton finanziell unterstützt werden?	Nein	
Finden Sie es richtig, wenn Schulen Dispense aus religiösen Gründen für einzelne Fächer oder Veranstaltungen bewilligen (z.B. Turn-/Schwimmunterricht, Schullager oder Sexualkundeunterricht)?	Nein	
Soll die Unterrichtssprache im Kindergarten im ersten Jahr nur Mundart und im zweiten Jahr zu mindestens 80% Mundart sein?	Nein	
Soll im Lehrplan der Solothurner Schulen eine stärkere Gewichtung von Umwelt- und Ökologieaspekten (Umweltbildung) vorgenommen werden?	Eher ja	
Befürworten Sie das bestehende Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU?	Ja	
Sollen straffällig gewordene Asylsuchende in geschlossenen Zentren untergebracht werden?	Nein	Die geltende Gesetzgebung soll konsequent angewandt werden.
Würden Sie es befürworten, wenn Ausländer/innen, die seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz leben, das kommunale Stimm- und Wahlrecht erhalten würden?	Eher nein	Ausländer/innen, die seit zwölf Jahren bei uns leben, können sich einbürgern lassen und so die politischen Rechte erwerben.
Würden Sie es begrüßen, wenn die Anforderungen bei Einbürgerungen generell erhöht würden?	Nein	
Sollen alle aus dem Ausland zugezogenen Personen (Migrant/innen) eine verpflichtende Integrationsvereinbarung abschliessen müssen?	Ja	
Sollen gleichgeschlechtliche Paare, die in eingetragener Partnerschaft leben, Kinder adoptieren dürfen?	Ja	
Der Schwangerschaftsabbruch ist in der Schweiz in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft straflos möglich. Finden Sie das richtig?	Ja	
Würden Sie es befürworten, wenn in der Schweiz die direkte aktive Sterbehilfe durch einen Arzt straffrei möglich wäre?	Ja	

Würden Sie die Einführung einer Frauenquote in Verwaltungsräten börsenkotierter Unternehmen befürworten?	Eher nein	
Sollen der Konsum von weichen Drogen sowie deren Besitz für den Eigengebrauch legalisiert werden?	Eher ja	Die Kriminalisierung vor allem von Jugendlichen ist kontraproduktiv. Allgemeine Sucht-Prävention (u.a. auch Alkohol und Rauchen) ist unabdingbar.
Eine kantonale Volksinitiative will die Pauschalbesteuerung von vermögenden ausländischen Bürger/innen abschaffen. Unterstützen Sie dieses Anliegen?	Eher ja	Im Kanton Solothurn werden weniger als 10 Steuerpflichtige pauschalbesteuert.
Befürworten Sie die eidgenössische Volksinitiative zur Einführung der Erbschaftssteuer („Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)“)?	Eher nein	Mit dieser Initiative ist das Problem der Sanierung der AHV nicht nachhaltig gelöst, weil nur die Einnahmeseite und nicht die Ausgabenseite betrachtet wird.
Soll der Regierungsrat ein neues, umfassendes Sparpaket zur Reduktion des Defizits im Kanton Solothurn erarbeiten?	Ja	
Würden Sie Steuererhöhungen (z.B. der Einkommenssteuern von 100% auf 104%) befürworten, um das Defizit des Kantons zu verkleinern?	Ja	ab 2013/2014
Im Kanton Solothurn bezahlen Unternehmen eine Finanzausgleichssteuer ("Kirchensteuer") an anerkannte Kirchgemeinden. Würden Sie eine Abschaffung dieser Steuer unterstützen?	Eher nein	
Sollen Ehepaare getrennt als Einzelpersonen steuerlich veranlagt werden (Individualbesteuerung)?	Ja	
Der Stromkonzern Alpiq benötigt zusätzliches Kapital. Soll sich der Kanton Solothurn als Miteigentümer mit mindestens 50 Millionen Franken an der Kapitalerhöhung beteiligen?	Eher nein	
Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 3'800 CHF (für eine 100%-Stelle / 40h-Woche)?	Eher nein	
Soll die Post verpflichtet werden, ein flächendeckendes Poststellennetz aufrechtzuerhalten?	Eher nein	Aufgrund der Konsolidierung im ländlichen Raum ist diese Forderung obsolet. Postzustellung muss täglich gewährleistet sein.
Der Bundesrat möchte die Geschäftsöffnungszeiten liberalisieren: An Werktagen bis mindestens 20 Uhr und an Samstagen bis mindestens 19 Uhr. Unterstützen Sie diesen Vorschlag?	Eher ja	
Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit sehen Kontrollen der Anstellungsbedingungen und der Entlohnung ausländischer Arbeitnehmenden vor. Sollen diese Kontrollen verstärkt werden?	Ja	
Befürworten Sie die eidgenössische Volksinitiative "gegen die Abzockerei" (Abstimmung vom 03. März 2013)?	Eher nein	aber für den Gegenvorschlag
Der Bundesrat möchte bis spätestens 2034 aus der Atomenergie aussteigen (d.h. die bestehenden Atomkraftwerke werden stillgelegt und keine neuen mehr gebaut). Unterstützen Sie dieses Vorhaben?	Ja	Mit dem Ausstieg können innovative Lösungen entwickelt werden, von denen auch unsere Exportindustrie profitieren wird.
Sollen für den Bau und den Ausbau von Wind-, Solar- und Wasserkraftwerken die Vorschriften des Umwelt- und Landschaftsschutzes gelockert werden?	Eher ja	Eine Lockerung soll dort möglich sein, wo keine Landschaften nachhaltig zerstört oder beeinträchtigt werden. Windkraftanlagen können z.B. jederzeit ohne Folgen demontiert werden.
Unterstützen Sie die geplanten Windenergieanlagen (z.B. auf dem Grenchnerberg oder im Thal)?	Ja	
Soll der Kanton mehr Geld für den systematischen Ausbau und die Sicherheit der Velo- und Fusswege zur Verfügung stellen?	Eher ja	
Soll das geltende Moratorium für gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere in der Schweizer Landwirtschaft über 2013 hinaus verlängert werden?	Ja	Muss eidgenössisch geregelt werden!

Befürworten Sie das neue Raumplanungsgesetz des Bundes, welches unter anderem Massnahmen gegen die Zersiedelung beinhaltet (Referendumsabstimmung vom 03. März 2013 )?	Ja	Boden ist in der Schweiz ein knappes Gut und wir müssen sorgfältig damit umgehen, um den Nachfolgegenerationen wertvollen Lebensraum übergeben zu können.
Eine kantonale Volksinitiative verlangt, dass Parteien und politische Gruppierungen, die sich an Wahlen oder Abstimmungen beteiligen, ihre Finanzierung offenlegen müssen. Unterstützen Sie ein solches Vorhaben?	Eher ja	
Soll der Kanton Solothurn die elektronische Stimmabgabe bei Wahlen und Abstimmungen (E-Voting) flächendeckend einführen?	Ja	
Sollen im Kanton Solothurn Listenverbindungen nur noch zwischen Listen derselben Partei oder ihrer Jungpartei erlaubt sein?	Nein	
Sollen Gemeindefusionen durch den Kanton finanziell stärker gefördert werden?	Eher ja	
Soll das Liegenlassen von Abfall im öffentlichen Raum ("Littering") konsequenter gebüsst werden?	Ja	
Sollen im Kanton Solothurn auch Ausländer/innen als Polizisten/innen angestellt werden können?	Eher nein	Wer Polizist/Polizistin im Kanton Solothurn werden will, soll sich einbürgern lassen.
Sollen die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mail-Verkehrs ausgeweitet werden?	Nein	Die bestehenden Befugnisse sind ausreichend (richterlicher Beschluss muss vorliegen).
Der Regierungsrat schlägt vor, mehr Kontrollen im Strassenverkehr durchzuführen. Befürworten Sie dies?	Ja	Für die Sicherheit auf den Strassen, nicht aber als Einnahmequelle
Sollen die Stadtpolizeien von Grenchen, Solothurn und Olten mit der Kantonspolizei zusammengelegt werden?	Ja	
Soll das Jugendstrafrecht in Zukunft mehr Gewicht auf das Verbüssen längerer Haftstrafen in geschlossenen Anstalten als auf Resozialisierungsmassnahmen legen?	Eher nein	
Soll die Schweiz innerhalb der nächsten vier Jahre EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?	Nein	Die bilateralen Verträge reichen zum jetzigen Zeitpunkt. Verhandlungen sind derzeit nicht nötig.
Die Schweiz verfolgt seit einigen Jahren eine aktivere Aussenpolitik, die sich weniger an der strikten Neutralität orientiert. Begrüssen Sie dies?	Ja	Eine aktivere Schweiz bringt ein positives Image und zeigt uns weltoffen.
Soll die Schweiz ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU abschliessen?	Eher nein	Als Agrarinsel ist die Schweiz nicht überlebensfrei, die Selbstversorgung ist schon lange nicht mehr gewährleistet. Es braucht eine nachhaltige Landwirtschaftspolitik, welche das Überleben der Landwirtschaft langfristig gewährleistet.
Öffentliche Sicherheit	Gleich viel	
Bildung	Weniger	Die Mittel für die Bildung sollen effizienter eingesetzt werden, dabei müssen aufgrund von Synergien auch Einsparungen realisiert werden. Die Qualität darf nicht leiden.
Gesundheitswesen	Weniger	Der Handlungsspielraum für den Kanton ist klein. Es müssen Lösungen auf nationaler Ebene gefunden werden, um die Gesundheitskosten mindestens stabilisieren zu können.
Sozialversicherungen und Fürsorge	Weniger	
Strassenbau und Unterhalt	Gleich viel	
Öffentlicher Verkehr	Gleich viel	
Umwelt und Raumordnung	Gleich viel	